



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Geld für den kooperativen Naturschutz!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung ihr im Koalitionsvertrag gegebenes Versprechen, kooperative Modelle für Landwirtschaft, Kommunen und Naturschutz zu unterstützen, hält, sowie das im Rahmen der Verhandlungen über das „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“ abgegebene Zugeständnis für mehr Engagement im Klima- und Naturschutz wirksam umsetzt. Dafür sind entsprechende Bundesmittel insbesondere zur Ko-finanzierung von Naturschutzförderprogrammen deutlich zu erhöhen, gerade um die Handlungsfähigkeit Bayerns im Bereich des kooperativen Naturschutzes zu stärken.

Begründung:

Der kooperative Naturschutz ist in Bayern eine wichtige Säule für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Er verbindet Landwirtinnen und Landwirte, Landschaftspflege- und Naturschutzverbände und Kommunen in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Die Projekte des kooperativen Naturschutzes sichern wertvolle Lebensräume und tragen zur Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft und in der Bevölkerung bei. Allerdings ist dieser Weg des freiwilligen Naturschutzes, zu dem sich Bayern bekannt hat, angewiesen auf eine solide und auskömmliche Finanzierung, die angesichts der steigenden Aufgabenfülle perspektivisch auch ausgeweitet werden muss. Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber bezeichnet den kooperativen Naturschutz in Bayern als „absolutes Erfolgsmodell“ und hat mehrfach öffentlich und gegenüber der Bundesregierung betont, dass eine Mittelaufstockung von Bundesseite aus dringend erforderlich sei.

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung angekündigt, die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) deutlich zu erhöhen. Dies ist bisher nicht passiert. Gleichzeitig stehen im Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität ausreichend Gelder zur Verfügung, die auch für Maßnahmen des Naturschutzes eingesetzt werden können und sollen. Doch auch hier bleibt die Bundesregierung die Einhaltung ihrer Versprechen schuldig. Dadurch fehlt dem Freistaat jährlich ein Millionenbetrag, den er für eine erfolgreiche Fortführung des kooperativen Naturschutzes dringend benötigt. Dies hat bereits jetzt spürbare Auswirkungen: Landschaftspflegeprojekte mussten gekürzt oder ganz gestrichen werden, Vertragsnaturschutzvereinbarungen konnten nicht in vollem Umfang umgesetzt werden, und die gesicherte Arbeitsgrundlage vieler Landschaftspflegeverbände steht auf dem Spiel.

Bayern muss sich deshalb auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ihr Versprechen einhält – für die Sicherung der Artenvielfalt, für die Stärkung der ländlichen Räume, für ein gutes Leben der Menschen in Bayern.